



vhw

Aufwertung ohne Verdrängung in Hamburg-Wilhelmsburg durch IBA und igs?

Ein Gespräch mit Bettina Kiehn und Uli Hellweg

Die Freie und Hansestadt Hamburg versucht, mit dem Programm „Sprung über die Elbe“ Stadterneuerungsprozesse im Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg zu initiieren. Gleichzeitig gehen dieses Jahr die von der Stadt Hamburg gestartete Internationale Bauausstellung (IBA) und die Internationale Gartenschau (igs) in Hamburg-Wilhelmsburg zu Ende. Ziel all dieser Prozesse ist es, in diesem oft als „sozialem Brennpunkt“ klassifizierten Stadtteil Aufwertungsprozesse ohne Verdrängung in Gang zu setzen, bei breiter Beteiligung der Bevölkerung. Dennoch werden die jüngeren Entwicklungen in diesem Teil Hamburgs unter dem Vorwurf fortgesetzter Gentrifizierung und begrenzter politischer Teilhabe teilweise sehr kontrovers diskutiert. Der vhw hat zu diesem Thema nachgefragt, um ein genaueres Bild über die Entwicklung in Hamburg-Wilhelmsburg zu erhalten. Vor dem Hintergrund der kontroversen Debatte war es uns wichtig, unterschiedliche Sichtweisen abzubilden.



Uli Hellweg, Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH, welche als Betreibergesellschaft die Standards für IBA-Projekte in Hamburg-Wilhelmsburg definiert und deren Durchführung koordiniert. Das Projektspektrum reicht von der Projektentwicklung neuer und gebrauchter Immobilien sowie unbebauter Flächen über die Klärung von finanziellen und rechtlichen Fragen bis zur materiellen Unterstützung von Projekten.



Bettina Kiehn, Vorstand der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg, welche sich als lokaler Akteur mit überregionalem Wirkungskreis als Förderer von Begegnung und kultureller Bildung für alle Bewohner von Wilhelmsburg versteht. Das Bürgerhaus Wilhelmsburg orientiert sich dabei an den Bedarfen in und Anregungen aus dem Stadtteil und unterstützt auf diese Weise die Stadtteilentwicklung vor Ort.

vhw: Um die Elbinseln war es lange Jahre vergleichsweise ruhig, Wilhelmsburg selbst gilt als „sozialer Brennpunkt“. Im Blickfeld der Stadtentwicklung lagen andere Bereiche der Stadt, wie z.B. die Hafencity. In den letzten Jahren aber ist Wilhelmsburg in den Fokus der Stadtentwicklung gerückt, die IBA und die igs sind Ausdruck dafür. Wie beschreiben Sie die Elbinseln und wie ist die jüngere Aufmerksamkeit zu erklären?

Uli Hellweg: Die Hamburger Elbinseln waren lange Zeit eine Art Hinterhof der Hamburger Stadtentwicklung, geprägt von Hafen und Logistik, Autobahnen und Schnellstraßen, Deponien und Brachen. Dazwischen viel Grün, Wasser, viel erhaltenswerte historische Bausubstanz, kurz: ein urbanes Patchwork, eine „Metrozone“, wie die IBA diese vergessenen Peripherien mitten in der Stadt nennt. Ins Blickfeld rückte dieses immerhin 35 Quadratkilometer große Gebiet durch den „Sprung über die Elbe“. Sein Ziel war und ist es, die inneren Entwicklungspotenziale der Stadt für Wohnungsbau und Arbeitsstätten zu nutzen und den Süden und Norden Hamburgs endlich enger miteinander zu verknüpfen.

Bettina Kiehn: Bereits mit dem „Leitbild wachsende Stadt“ (2002) und dem Rahmenprogramm „Sprung über die Elbe“ (2003) wurden die Elbinseln als Potenzialraum für die städtische Entwicklung definiert. Gleichzeitig befand sich Wilhelmsburg in seiner Binnenentwicklung in einer dramatischen Abwärtsspirale. IBA und igs waren die Methode der Stadt, die Entwicklung zu stoppen und idealerweise umzukehren. Heute, im Präsentationsjahr von IBA und igs, gibt es in Wilhelmsburg nach wie vor Gebiete mit sehr niedrigem Status und ungebrochen negativer Entwicklungsdynamik. Andere Gebiete haben sich stabilisiert oder eine positive Dynamik entwickelt.

Ein Ziel des aktuellen Entwicklungsprogramms „Sprung über die Elbe“ ist es, schrittweise Aufwertung ohne Verdrängung zu erreichen. Wie soll das erreicht werden und welche Rolle spielen IBA und igs in diesem Prozess?

U.H.: Die Hamburger Elbinseln und der Harburger Binnenhafen haben viel Platz für neu hinzuziehende Bewohnerinnen und Bewohner. Deshalb hat sich die IBA schon früh zu dem Grundsatz „Aufwerten ohne zu verdrängen“ bekannt. Bezo-



gen auf die Altbauten heißt ein weiterer Grundsatz „Wohnen heißt bleiben“, was übrigens auch sprachgeschichtlich stimmt. Das heißt, wir verfolgen eine Doppelstrategie des Schutzes der vorhandenen Wohnbevölkerung vor Vertreibung durch Spekulation und Mietpreistreiberei. Gleichzeitig schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen, um Wilhelmsburg und die Veddel zu einem bunten und sozial gemischten Stadtteil zu machen. Wir wollen Inklusion – sowohl in den Schulen wie im Stadtteil.

B.K.: Verdrängung kann m. E. in einer Metropole nur verhindert werden, wenn grundsätzlich eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten gewährleistet ist. Dem ist bekanntermaßen in Hamburg nicht so und die IBA hätte gar nicht so viel bauen können, um hieran etwas zu ändern. IBA und igs haben Wilhelmsburg planmäßig ein Stück weit aus der „Schmuddelecke“ geholt und auch für andere Menschen als bisher als Wohnort attraktiv gemacht. Das erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt natürlich. Mit dem neuen Quartier „Wilhelmsburg-Mitte“ jedoch hat die IBA hochpreisige Architektur-Experimente in Nachbarschaft zu einem Quartier gesetzt, das aufgrund von Immobilienspekulation dem Verfall anheim gegeben ist. Hier ist ein Musterbeispiel für städtische Segregation entstanden.



Abb. 1: WaterHouses mit igs-Bahn (Foto: Johannes Artl)

Angesichts der bisherigen Entwicklung: Wie bewerten Sie den bisherigen Verlauf des „Sprungs über die Elbe“?

U.H.: Im Rahmen der IBA und igs wurde viel geschafft. Das Bild von Wilhelmsburg und der Veddel als „sozialem Brennpunkt“ beginnt sich zu wandeln. Im Reiherstieg sind neue Geschäfte und Läden entstanden; viele junge Leute sind hinzugezogen. Es sind neue Bildungseinrichtungen vom Reiherstiegviertel bis Kirchdorf Süd entstanden, so dass auch junge Familien wieder auf die Inseln ziehen. Besonders wichtig war uns auch, die Einrichtungen für die hier lebenden Menschen zu bauen, z.B. für Seniorinnen und Senioren mit und ohne Migrationsgeschichte wie z.B. das multikulturelle Seniorenwohn- und Pflegeheim Veringeck oder preiswerten Gewerberaum für Künstler oder kleine Gewerbetreibende wie die Veringhöfe oder den Welt-

gewerbehof. Last, but not least schafft die igs einen großartigen Volkspark mit vielen Sport- und Bewegungseinrichtungen, der in dieser Form richtungsweisend ist.

B.K.: Letztlich war Wilhelmsburg in den letzten Jahren einer Entwicklung im Zeitraffer unterworfen. Die tatsächliche Wirkung vieler der nun fertiggestellten Projekte muss sich erst noch entfalten. Innerhalb der engagierten Bevölkerung der Elbinseln wird der bis 2013 stattgefundene Prozess differenziert beurteilt: Es gibt Freude über die positive Aufmerksamkeit „der Stadt“ auf ihren gleichwohl noch immer stigmatisierten Stadtteil. Der merkliche Zuzug von Studierenden, jungen Familien und sog. Kreativen wird als bereichernd wahrgenommen, gleichzeitig sind steigende Mieten und erheblich hochpreisige Neubauten die Indikatoren einer beginnenden Gentrifizierung. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungssituation auf den Elbinseln werden als elementar wichtig und richtig wahrgenommen, die tatsächlichen Erfolge dieser Bemühungen bleiben jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl arbeitsloser Menschen auf den Elbinseln ist zurückgegangen, allerdings weniger als im Hamburger Durchschnitt, und zugleich reißt der Abbau von Beschäftigungsmaßnahmen Löcher in die sozialen Strukturen der Quartiere. In Wilhelmsburg-Mitte entsteht ein wunderbarer Volkspark, allerdings wurden hierfür gewachsene Naturräume vernichtet. Eines der gravierendsten Probleme der Elbinseln, die überdurchschnittliche Verkehrsbelastung, harret immer noch einer strukturellen Lösung ... Dies sind nur wenige der möglichen Beispiele. Die Entwicklung des Sozialraums Elbinseln bzw. der Sozialräume der Elbinseln kann also noch lange nicht als zufriedenstellend beurteilt werden.

Im IBA-Struktur-Monitoring und anderen Quellen wird darauf verwiesen, dass die Mietsteigerungen in Wilhelmsburg seit 2006 über 35% betragen. Wie verträgt sich diese Entwicklung mit dem Ziel einer sozialverträglichen Aufwertung für die alteingesessenen Anwohner?

U.H.: 35% sind zweifellos viel! Aber es sind immer noch 11% weniger als im Hamburger Durchschnitt, von den Szenevierteln ganz zu schweigen. Das Entscheidende allerdings ist, dass es sich bei dieser Zahl um die sog. Angebotsmieten handelt, also die Mieten der Wohnungen, die auf den Markt kommen. Viele Wohnungen, wie z.B. bei der SAGA oder Genossenschaften, kommen erst gar nicht auf den Markt, weil es direkt Nachmieter gibt. Die Angebotsmiete sagt also gar nichts über die reale Mietenentwicklung im Bestand aus. Da die allermeisten Wohnungen aber bereits bewohnt sind und rund zwei Drittel aller Wohnungen der SAGA bzw. den Genossenschaften gehören, ist die Bestandsmietenentwicklung viel geringer. Wir schätzen sie auf etwa 2% im Jahr; genaue Zahlen gibt es leider nicht.

B.K.: Gar nicht. Wilhelmsburg war über Dekaden von der Mietpreisentwicklung der Stadt abgekoppelt. Wohnen war



hier günstiger, es gab immer Leerstand. Damit ist Schluss. In der Folge gibt es praktisch keine Binnenwanderung mehr: Wer eine größere Wohnung braucht, kann entweder die aktuellen Preise für Neuvermietungen zahlen oder muss wegziehen. Wem eigentlich eine kleinere Wohnung genügen würde, bleibt wohnen, weil eine kleinere im Zweifelsfall mehr kostet. Das ist für die hier meist stark verwurzelten Menschen eine katastrophale Entwicklung, die sich auch nicht schönreden lässt. Diese Entwicklung darf man aber nicht losgelöst von der gesamtstädtischen Entwicklung betrachten. Überall in Hamburg herrscht eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Wilhelmsburg hat – zumindest in diesem Punkt – in der Entwicklung aufgeschlossen.



Abb. 2: Das neue Gebäude der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Foto: Bernadette Grimmerstein)

Bürgerbeteiligung wird im Rahmen von IBA/igs und den begleitenden Prozessen wie „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ großgeschrieben. Allerdings wird unter Bürgerbeteiligung häufig etwas sehr Unterschiedliches verstanden. Für die einen bedeutet es mehr Information und Rückkopplung der Verwaltung mit den Bürgern, um bessere Ergebnisse in der Stadtentwicklung zu erzielen, für die anderen bedeutet es hingegen, dass Bürger mit am Entscheidungstisch zu sitzen. Was kann und sollte Bürgerbeteiligung Ihrer Meinung nach zum Ziel haben: verbesserte Politikberatung oder kooperative Mitentscheidung?

U.H.: Man kann das eine vom anderen nicht trennen! Da die Bürger die besten Spezialisten des Alltags eines Gebietes sind, brauchen Politiker und Planer sie natürlich auch als Berater. Wenn es aber um ihre unmittelbaren Belange geht, sollten die Bürger auch mitbestimmen können. Dabei wird allerdings oft übersehen, dass in einer parlamentarischen Demokratie die endgültige Entscheidung – und übrigens auch Verantwortung! – bei den gewählten Vertretern liegt. Hier doppelte Verantwortungsstrukturen aufzubauen führt nur ins Kompetenzchaos. Daher müssen die Bürger formell in entsprechenden Gremien beteiligt werden und ihre Voten müssen ernsthaft und nachvollziehbar in die Abwägungsprozesse der parlamentarischen Gremien und der Verwaltung einbezogen werden. Viel

wichtiger als eine bindende „Entscheidungskompetenz“ von Bürgerbeteiligungsgremien, wie sie gelegentlich von einigen Mitgliedern dieser Gremien gefordert werden, ist es, dafür zu sorgen, dass alle Teile der Bevölkerung – und nicht nur die üblichen Verdächtigen – zu Wort kommen und ihre Interessen einbringen können. Zum Beispiel Migrantinnen und Migranten, arme und ältere Bewohnerinnen und Bewohner, Kinder ... Sie kommen gegenüber den artikulationsfähigen Mittelschichten meistens zu kurz; da müssen wir uns etwas einfallen lassen!

B.K.: Weder noch. Bürgerinnen und Bürger sollten auf Augenhöhe mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und weiteren Interessengruppen kooperativ bereits an den Planungsprozessen mitwirken.

Viele Teilnahmeverfahren müssen sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, nur für einen Teil der Bevölkerung wirklich zugänglich, also nicht repräsentativ zu sein. Gerade bei Teilnahmeverfahren zu quartiersbezogenen Aufwertungsprozessen, von welchen häufig nur einkommensstärkere Haushalte langfristig profitieren, droht daher eine doppelte Selektivität. Wie sehen Sie das und wie wird in Wilhelmsburg damit umgegangen?

U.H.: Die doppelte Selektivität gibt es nur, wenn es keine neuen Formate der Beteiligung der weniger artikulationsfähigen Menschen gibt. Deshalb haben wir z.B. im Weltquartier die „aufsuchende Bürgerbeteiligung“ eingeführt, bei der Studierende mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen die Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Wohnungen aufsuchten und sie so animieren konnten, ihre Wünsche zu äußern und sich an Planungsworkshops zu beteiligen. Ganz wichtig waren da auch die Kinder, die manchmal als Sprecher der Familien wirkten. Beim Bildungsprojekt „Tor zur Welt“ haben die Planer unmittelbar mit den Kindern, Lehrern und Eltern zusammengearbeitet. Diese Teilnahmeverfahren sind natürlich aufwendiger als die üblichen Bürgerversammlungen mit ihren ritualisierten Abläufen. Aber besser etwas mehr Zeit für die Bürgerbeteiligung als hinterher die große Enttäuschung.

B.K.: In einem durch Armut geprägten Stadtteil wie Wilhelmsburg ist die Mitwirkung in Teilnahmeverfahren tatsächlich oft ein Luxusproblem. Hinzu kommen kulturelle Barrieren der Bevölkerung, die zu 56% aus Menschen mit Migrationshintergrund besteht. Die gehen weit über Sprachbarrieren hinaus. Neben den klassisch beteiligungsfernen Milieus, die die Mehrheit bilden, gibt es eine überraschend große Gruppe von langjährig engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Vorstellungen und Kritik professionell platzieren können. Die Lage entspricht also genau ihrer Beschreibung. Eine systematische Berücksichtigung dieser Situation, z.B. in der Wahl der Teilnahmeverfahrensmethoden, gab es bisher nicht.

Auf den Elbinseln existiert eine lange Tradition des Bürgerengagements und der Bürgerbeteiligung, gute Voraussetzungen für einen partizipativ gestalteten Ent-



wicklungsprozess. Dennoch erklärten im Frühjahr 2013 Mitglieder des Initiativen-Netzwerks Elbinseln die Planungswerkstatt „Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ als gescheitert. Warum?

U.H.: Ich glaube, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt es sehr wohl ernst mit der Bürgerbeteiligung meint. Aber vielleicht stimmten auch hier die Formate noch nicht hundertprozentig, sonst hätten sich mehr Menschen beteiligt und die Diskussionen wären anders gelaufen.

B.K.: Auf den Elbinseln gibt es in der Tat langjährige Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Beteiligungsformaten im Guten, wie im Schlechten. Deswegen haben wir auch eine durch Praxis gereifte Vorstellung davon, was die Qualitäten „guter“ Verfahren sind. Mit weniger muss man als Planer hier nicht antreten. Dazu gehören z.B., dass stadtteilbezogene Akteure definiert und auch erreicht werden, die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten gefördert wird, der Beteiligungsprozess ein Dialog auf Augenhöhe ist, eine Kooperation zwischen lokalen Akteuren, Wirtschaft, Fachexperten, Verwaltung und Politik stattfindet und dass Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in den Stadtteil niedrigschwellig und intensiv sind, um viele Menschen zu erreichen. Die Liste der Anforderungen ist noch länger. Die „Planungswerkstätten“ haben praktisch nichts der ja bereits von Bürgern und Verwaltung gemeinsam erarbeiteten Anforderungen eingelöst: Die Rahmenbedingungen – insbesondere die räumliche Eingrenzung auf einige wenige Entwicklungsgebiete – waren zu rigide, die Dokumentationen der Veranstaltungen waren intransparent und selektiv hinsichtlich der im Prozess eingebrachten Beiträge, die Planung und Öffentlichkeitsarbeit war zu keinem Zeitpunkt darauf ausgelegt, tatsächlich aktivierend in die Bevölkerung zu wirken, es gab keinerlei Vereinbarung darüber, was mit den Ergebnissen der Planungswerkstätten passieren wird, keine Zusagen für einen Rückkopplungsprozess, keine Transparenz. Folglich war von Veranstaltung zu Veranstaltung ein starker Rückgang der teilnehmenden Einwohner zu verzeichnen – bis hin zu einem gefühlten Verhältnis Bürgern zu Verwaltungsexperten von eins zu fünf.

Im Kontext einer anvisierten „Aufwertung ohne Verdrängung“ merken kritische Gruppen an, dass relevante Themen wie „Wohnen“ und „Miete“, bei denen eine hohe Betroffenheit auf Seiten ärmerer Bewohner besteht, nicht in Beteiligungsverfahren behandelt wurden. Stattdessen würden vielmehr nachrangige Fragen behandelt. Wie bewerten Sie diese Kritik?

U.H.: Ich meine sehr wohl, dass man gerade Themen wie Wohnen und Mieten in den Beteiligungsprozessen verhandeln muss. Das wird mit Sicherheit auch bei den nächsten Stufen des Prozesses der Fall sein. Man darf aber auch nicht vergessen, dass die Frage der Mietentwicklung nicht durch Bürgerbeteiligung entschieden wird, sondern durch den Markt und

eine nötigenfalls korrigierende staatliche Mietpolitik. Deshalb brauchen wir vor allem neue Wohnungen – und zwar für alle Bevölkerungsschichten auf den Hamburger Elbinseln. Für die ärmeren Bevölkerungsschichten ist es zudem entscheidend, dass nicht nur neue Sozialwohnungen gebaut werden, sondern dass auch Möglichkeiten gefunden werden, die Sozialbildung bei den Wohnungen zu verlängern, die in den nächsten Jahren aus der Mietbindung herausfallen. Noch ist Wilhelmsburg mit einem Anteil von ca. 40% der Stadtteil mit den meisten Sozialwohnungen in Hamburg. Wenn hier nichts getan wird, kann sich das bald ändern.

B.K.: Zunächst einmal stellt sich mir die Frage nach der Qualität der überhaupt stattgefundenen Verfahren und da kann ich keine Gütesiegel verteilen. Was den Verfahren, insbesondere den „Planungswerkstätten“ fehlte, war die Betrachtung der Gesamtheit der Faktoren, die die Entwicklungsqualität auf den Elbinseln bestimmen. Wohnen gehört selbstverständlich dazu, aber genauso Bildung, Arbeit, Kultur, Umwelt, Freizeit, die Nutzung öffentlicher Räume und das Zusammenleben der von Diversität geprägten Bevölkerung. Es gilt, die gesamte sozial-räumliche Entwicklung der Elbinseln in den Fokus zu nehmen.



Abb. 3: Wilhelmsburg-Mitte von oben (Foto: Bernadette Grimmstein)

Wo sehen Sie aktuell noch Defizite bei der Bürgerbeteiligung in Wilhelmsburg und welche Schritte müssten demnach unternommen werden, um den „Sprung über die Elbe“ so partizipativ wie möglich zu gestalten und einen maximalen Mehrwert für alte wie neue Bewohner zu erreichen?

U.H.: Ich glaube nicht, dass man wieder bei null anfangen muss. Im Rahmen der IBA wurden sehr vielfältige – mehr als ein Dutzend! – unterschiedliche Beteiligungsformate entwickelt und umgesetzt. Ich meine, man sollte an diesen Erfahrungen anknüpfen und sie einmal gemeinsam auswerten. Was war gut, was war schlecht und was kann besser gemacht werden? Dieser Diskussionsprozess ist auch eine gute Gelegenheit, die neu hinzukommenden Insulaner in die politischen Strukturen der Elbinseln zu integrieren. Die größte Gefahr für den Bürgerbeteiligungsprozess der nächsten Jahre sehe ich nicht in mangelnden Möglichkeiten der Beteiligung, sondern



in auseinanderfallenden Interessen unterschiedlicher Quartiere bzw. Bürgergruppen, z.B. in der Verkehrsfrage. Hier muss sich zeigen, dass die Hamburger Elbinseln – Wilhelmsburg und die Veddel – nicht nur in den Abwehrkämpfen nach außen, sondern auch bei der Gestaltung der Zukunft im Inneren mit einer Stimme sprechen können.

B.K.: Die von Stadtentwicklung angestoßenen und geplanten Veränderungsprozesse im Wilhelmsburg greifen in die Lebenswelt von rd. 51.000 Menschen aus 130 Nationen ein, die zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil von der repräsentativen Demokratie ausgeschlossen sind: Von der über 18-jährigen Bevölkerung sind lediglich 63% wahlberechtigt, nur rd. 46% davon haben sich 2011 an den Wahlen beteiligt. Partizipativen Verfahren kommt also eine elementare Bedeutung zu. Für die Fortschreibung des Rahmenkonzeptes „Sprung über die Elbe“ ist die Stadt Hamburg, dank jahrelangem stetigen Engagement der Elbinsulaner, nun mutig genug, sich auf ein anders gestaltetes Verfahren in der Stadtentwicklung einzulassen. Nach intensiven Diskussionen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und dem Bezirk Hamburg Mitte hat die Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg den Zuschlag für die Durchführung eines Verfahrens für die Entwicklungsplanung der Elbinseln erhalten. Grundlage des Prozesses ist das Ziel, die auf den Elbinseln lebenden Bevölkerung möglichst breit in die Beteiligung einzubinden, ebenso wie weitere Interessengruppen (z.B. Umweltverbände), Politik, Fachbehörden, Bezirksverwaltung und die ansässige Wirtschaft als Partner auf Augenhöhe für den Prozess zu gewinnen. Hieran werden die eingesetzten Methoden ausgerichtet.

Durch einen die Bevölkerung aktivierenden, kooperativen Prozess soll das Gemeinwesen der Elbinseln nachhaltig gestärkt werden. Die gemeinsam von Bürgern, Bezirks- und Landesverwaltungen, Politik und Wirtschaft erarbeiteten Entwicklungsziele sollen die Benennung von Entwicklungsbedarfen, Defiziten und Potenzialen der unterschiedlichen Themen und Räume sowie Lösungsansätze und Maßnahmenvorschläge beinhalten. Die Ergebnisse werden in angemessener Form, z.B. als Buch, veröffentlicht. Um eine Verbindlichkeit der Prozessergebnisse herzustellen, müssen die politischen Gremien darüber entscheiden. Hieran wird bereits auf verschiedenen Ebenen gearbeitet. Partner in diesem Verfahren ist der vhw: Mit einer Milieuanalyse und Untersuchung der Reichweiten vorhandener Netzwerke wurden wichtige Erkenntnisse darüber gewonnen, wen wir tatsächlich erreichen müssen und welche Kommunikationsinstrumente hierfür taugen. Noch vor unserer für Mitte September geplanten Auftaktveranstaltung des Verfahrens werden unter Regie des vhw Milieugruppeninterviews stattfinden, die wir auch für die Beteiligungsaktivierung nutzen. Wir befinden uns am Anfang eines Verfahrens, mit dem alle Beteiligten Neuland betreten: eine kooperative Entwicklungsplanung für die Elbinseln.

vhw: Frau Kiehn, Herr Hellweg, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Ordentliche Mitgliederversammlung des vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Der Verbandsrat hat die ordentliche Mitgliederversammlung auf Freitag, den 15. November 2013, 11:00 Uhr festgelegt.

Ort: NH Hotel Berlin, Friedrichstraße 96, 10117 Berlin

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes
Der Tätigkeitsbericht 2. Halbjahr 2012/1. Halbjahr 2013 liegt zur Mitgliederversammlung vor.
2. Bericht des Verbandsrates
3. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses
4. Feststellung des vom Vorstand und vom Verbandsrat aufgestellten Jahresabschlusses 2012
5. Entlastung des Verbandsrates für das Geschäftsjahr 2012
6. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2012
7. Bericht des Vorstandes über den Arbeits- und Wirtschaftsplan 2013/2014
8. Anträge an die Mitgliederversammlung
9. Verschiedenes

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender

Peter Rohland, Vorstand

Zur Wahrnehmung des Stimmrechts auf der Mitgliederversammlung wird auf § 9 Abs. 2 und 3 der Satzung verwiesen. Anträge und Wahlvorschläge müssen gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung, am **Donnerstag, dem 17. Oktober 2013**, beim Verbandsrat (Bundesgeschäftsstelle, Fritschestraße 27/28, 10585 Berlin) eingegangen sein.